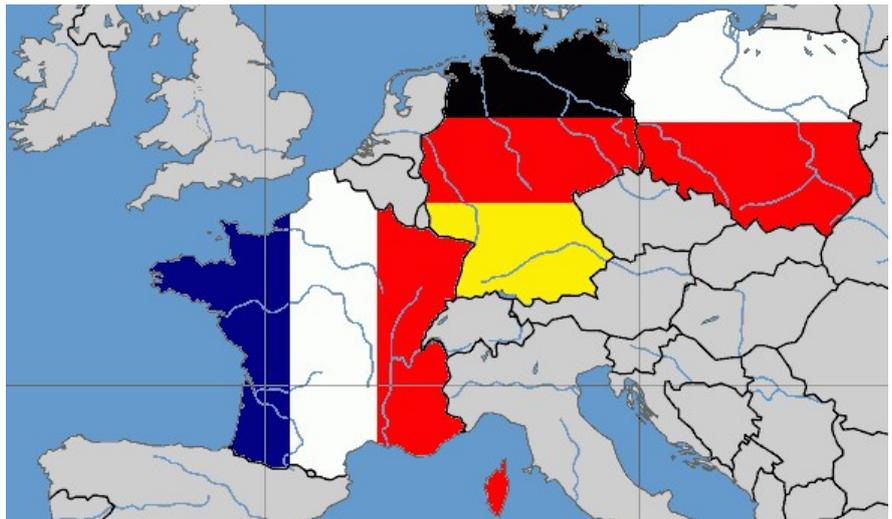


## ■ Das Weimarer Dreieck - hirntot?

David Engels

*Der folgende Text wurde am 30. September 2021 in Erfurt als Vortrag während einer öffentlichen Debatte mit dem ehemaligen deutschen Botschafter in Polen und der ehemaligen Europa-Ministerin des Landes Thüringen anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Geburtstags des „Weimarer Dreiecks“ gehalten.*

Vor nicht allzu langer Zeit traf Emmanuel Macron die umstrittene Aussage, die Nato sei „hirntot“. Mittlerweile wird man sich beim Weimarer Dreieck dieselbe Frage stellen müssen - leider.



Denn der Grundgedanke war ausgezeichnet. Das „deutsch-französische Paar“ wird zwar völlig zu Recht als Paradebeispiel gelungener Vergangenheitsbewältigung betrachtet, doch warf man ihm zunehmend auch eine versteckte Kartellbeherrschungspolitik innerhalb der EU vor: Eine Erweiterung um Polen hätte einen Block schaffen können, der nicht nur die Kernstaaten der romanischen, germanischen und slawischen EU-Bevölkerungen vereinte und mit Fug und Recht eine gewisse Repräsentativität für das Gesamte beanspruchte, sondern der auch jene historische Versöhnungspolitik hätte krönen können, ohne die keine europäische Solidarität möglich ist.



Redaktion:  
David Engels  
Justyna Schulz  
Stanisław Żerko

Nr. 11/2021  
7.10.21

Die „Kommentare aus dem  
Westinstitut“ sind auch  
verfügbar über :  
NEWSLETTER IZ  
FACEBOOK  
SCRIBD  
LINKEDIN  
TWITTER

Die „Kommentare“ geben  
nur die Meinung ihres  
Verfassers und nicht des  
Instituts wieder.

Leider sind die Aktivitäten des Weimarer Dreiecks nach erfolgversprechendem Beginn rasch eingeschlafen. Dafür sind mehrere Gründe ausschlaggebend, die sowohl ideologischer als auch geostrategischer Art sind. Zum einen war klar, daß Frankreich als militärische Großmacht und Deutschland als wirtschaftlicher Hegemon Europas höchstens symbolisch, kaum aber real auf Augenhöhe mit dem polnischen Staat sprechen wollten und konnten, dessen Wirtschaft immer noch große Defizite hatte, das auf der Weltbühne kaum Präsenz zeigte und dessen demographisches Gewicht nicht einmal der Hälfte des deutschen entsprach. Wer also gehofft hatte, im Weimarer Dreieck eine Art politische Führungstrojka des neuen Europas zu finden, mußte selbst im besten Fall bitter enttäuscht werden, und naturgemäß ging diese Enttäuschung vor allem von Polen aus, das sich seinem historischen Selbstbild nach unbewußt als unmittelbarer Nachfolger des großen polnisch-litauischen Reiches und somit als traditionell gleichwertiger Partner seiner westlichen Nachbarn und nicht bloß mitteleuropäische Mittelmacht betrachtet.

Die ideologischen Zwistigkeiten der letzten Jahre sollten dieses Gefälle dann weiter verstärken. Polen hat sich 2015 für eine konservative Regierung entschieden und dies in den letzten 6 Jahren wiederholt und eindrücklich bekräftigt. Diese Regierung hat bei politischen Weichenstellungen den Werten der alten Welt den Vorzug vor denen der Moderne gegeben, allen voran, wenn es um fundamentale Fragen geht wie etwa den Schutz ungeborenen Lebens, die Definition der Familie als Bund von Mann und Frau, die Verteidigung der historischen kulturellen Identität des eigenen Landes, die Sicherung des Sozialstaats gegen die Ausartungen des Liberalismus oder schließlich das demokratische Aufbrechen bedenklicher Klientelsysteme im Rechtssystem. Diese Werte, die man im eigentlichen Sinne als „christlich-sozial“ statt „national-populistisch“ bezeichnen sollte, befinden sich allerdings zunehmend im Widerspruch zu jener ideologischen Gesinnung, die im zeitgenössischen Frankreich und Deutschland überwiegt, und die auch wesentlich die EU-Institutionen regiert. Konflikte waren also vorprogrammiert.

Es würde zu weit führen, hier die Liste der gegenseitigen Vorwürfe auszuführen, welche vor allem die deutsch-polnischen Beziehungen bis heute belasten; und man tut wohl keinem der beiden Partner Unrecht, wenn man Ungeschicktheiten und diplomatische Faux-Pas auf beiden Seiten anerkennt, die sich im wesentlichen darauf zurückführen lassen, daß der gegenwärtig im Westen und vor allem in Deutschland vorherrschenden linksliberalen Ideologie eine gewisse Tendenz zur Hypermoralisierung und Missionierung innewohnt, die ihrerseits in Polen angesichts der schwierigen historischen Vergangenheit alte Wunden aufgerissen und dazu geführt hat, die heutigen Ereignisse im Lichte der Weltkriegserfahrung und der sowjetischen Besatzung zu deuten.

Der Brexit sowie der für viele Zeitgenossen recht überraschend abgeschlossene und in seiner Tragweite bis heute etwas unklare Aachener Vertrag haben dann das politische Gleichgewicht Europas empfindlich affiziert und das polnische Gefühl des Beiseite-Stehens noch vergrößert und dazu geführt, daß im polnischen politischen

Bewußtsein an die Stelle einer Versöhnung von Brest bis knapp vor Brest-Litowsk eher die Hoffnung auf die Visegrad-Allianz und die Dreimeeresinitiative getreten ist. Denn war die Achse Paris-Berlin schon seit jeher ein Dreh- und Angelpunkt der EU, mußte sie jetzt, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs, als nahezu allbeherrschende Macht erscheinen, auch wenn sich im Laufe der letzten Jahre zunehmend herausgestellt hat, daß Paris innerhalb dieser Partnerschaft zunehmend in den Schatten Berlins getreten zu sein scheint.

An die Stelle des Weimarer Gedankens, der in sich politische wie kulturelle Diversität vereint und aufgehoben hätte, ist somit eine neue Dichotomie getreten, die nicht nur die EU in eine Ost- und eine West-Hälfte trennt, sondern auch in einen linksliberalen und einen konservativ-traditionellen Teil. Zwar sind beide wirtschaftlich weiter eng miteinander verknüpft, doch besteht das Risiko, daß die gegenwärtig Polen wie Ungarn drohenden Sanktionen auch hier zum Anlaß werden, Berührungsflächen eher zu kappen als zu vergrößern, was in Anbetracht des wirtschaftlichen Niedergangs des Westens im Gegensatz zum Wachstum des Ostens langfristig durchaus zum Nachteil des ersteren ausschlagen könnte.

Und so besteht das Weimarer Dreieck bis auf einige eher symbolische Aktivitäten im wesentlichen im virtuellen Raum als ein Gedanke, den man zwar gerne jährlich feiert und an den man auch gerne anknüpfen möchte, der aber unter den gegebenen Umständen kaum mit einem realen Inhalt zu füllen ist.

Nun besteht gerade im Westen sicherlich die Hoffnung, der gegenwärtige Druck würde früher oder später zu einem Regierungswechsel im Osten und einer Rückkehr zum Status Quo Ante führen. Diese Hoffnung ist nicht nur eine sehr hypothetische, sondern auch eine gefährliche.

Hypothetisch, da die gegenwärtige politische Polarisierung ganz Europas wohl nie mehr jene Zeiten weitgehender ideologischer Übereinstimmung wie gegen Ende des 20. Jh.s zurückbringen wird; also selbst im Falle eines politische Linksricks Ungarns oder Polens große Teile der dortigen Bevölkerung (wie übrigens auch derjenigen Deutschlands und Frankreichs) das „Weimarer Dreieck“ eben nicht als eine unpolitische europäische Initiative anerkennen würden, sondern als ein ideologisch aufgeladenes und in seiner Versöhnungsabsicht unglaubwürdiges Projekt.

Gefährlich, weil Europa zunehmend in eine schwere wirtschaftliche wie politische Krise rutscht und mehr denn je eine Stärkung europäischer Solidarität anstelle einer Kaprizierung auf geradezu surreale identitätspolitische Quisquilien benötigt, welche, löst man sie ab von der geradezu hysterischen Hetze der Medien, zwar einen wichtigen, wohl geradezu fundamentalen Dissens im Bereich der Werte verraten, aber nur wenig mit Fragen wirklicher Rechtsstaatlichkeit oder gar autoritärer Reformen zu tun haben. Will man das Weimarer Dreieck retten, gilt es jetzt, endlich den Wahlspruch der EU zu berücksichtigen, nämlich Einheit in Vielfalt, und sich darauf zu besinnen, daß die wahre Stärke unseres Kontinents eben niemals in der

Gleichschaltung und Zentralisierung lag, sondern vielmehr der Gewährleistung wahrer Meinungsvielfalt.

Illustration: Die Mitgliedsländer des Weimarer Dreiecks

([https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer\\_Dreieck#/media/Datei:Weimar\\_Triangle.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Weimarer_Dreieck#/media/Datei:Weimar_Triangle.png))

Instytut Zachodni  
im. Zygmunta Wojciechowskiego  
ul. Mostowa 27A, 61-854 Poznań

tel. +48 61 852 76 91, fax. +48 61 852 49 05  
email: [izpozpl@iz.poznan.pl](mailto:izpozpl@iz.poznan.pl)  
[www.iz.poznan.pl](http://www.iz.poznan.pl)